



Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Worms-Alzey-Oppenheim

Mitglied im Haushaltsausschuss
Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

Gemeinde nicht allein lassen

MdB Hagemann und MdL Anklam-Trapp fordern sinnvolle Nutzung des Landesdurchgangswohnheim-Geländes

Osthofen, 10. Januar 2007

„In der Frage um die zukünftige Nutzung des Geländes und der Immobilien des Landesdurchgangswohnheims in Osthofen darf die Gemeinde nicht alleine gelassen werden“, forderten jetzt der Bundestagsabgeordnete Klaus Hagemann und die Landtagsabgeordnete Kathrin Anklam-Trapp nach einem Gespräch mit Bürgermeister Bernd Müller (alle SPD). Das Land solle sich in Kooperation mit Osthofen hier möglichst rasch auf eine tragfähige Weiternutzung und Weiterentwicklung des Areals sowie der ungenutzten Wohnungen verständigen. Darauf verwies Hagemann in einem Schreiben an den rheinland-pfälzischen Innenminister Karl Peter Bruch. Dies ist zugleich das zentrale Anliegen einer kleinen Anfrage Anklam-Trapps an die Landesregierung. Pressemeldungen zufolge ist die zukünftige Nutzung des Landesdurchgangswohnheims durch den jüngsten rapiden Rückgang der Zahl an Aussiedlern ungewiss geworden.

Die beiden SPD-Abgeordneten fragten in diesem Zusammenhang jetzt beim Land nach, wie es das rund 10.000 Quadratmeter große Grundstück mitsamt seinen Einrichtungen und Wohnungen zukünftig nutzen will. Die Frage sollte insbesondere auch im Hinblick auf die Zukunft der zurzeit im Landesdurchgangswohnheim Beschäftigten zügig geklärt werden. Diese müssten rechtzeitig Perspektiven für eine Weiterbeschäftigung erhalten. Auch eine gewerbliche Nutzung des Gebietes und der Immobilien sei vorstellbar.

Und nicht zuletzt müsste vor allem auch eine Lösung für den rege genutzten Jugendtreff für Aussiedler gefunden werden, der geschlossen werden soll, forderten Hagemann und Anklam-Trapp. Hierzu müsse den Kindern und Jugendlichen unbedingt eine Alternative angeboten werden können, damit die wichtige Sozial- und Integrationsarbeit mit den Jugendlichen fortgeführt werden kann. Auch außerhalb des

Landesdurchgangwohnheimes gebe es viele junge Menschen mit Migrationshintergrund, für die der Jugendclub eine willkommene Anlaufstelle war und noch immer ist.

Osthofen benötige zur Lösung dieser Fragen jetzt die ideelle, konzeptionelle und finanzielle Unterstützung durch das Land, betonten die beiden SPD-Abgeordneten.

Marco Sussmann